

Bericht zur aktuellen politischen und sozialen Lage in Nicaragua

*Für die Veranstaltung der Ökumenischen Initiative Mittelamerika e.V. in Stuttgart
am 25.09.2004*

von Herbert Löhr (Förderverein StädtePartnerschaft Ulm-Jinotega)

Am 19. Juli 2004 beging die FSLN mit einer eindrucksvollen Kundgebung in der Hauptstadt Managua den 25. Jahrestag des Sieges der sandinistischen Revolution über die Somoza-Diktatur, die als eine der blutigsten Diktaturen Lateinamerikas das Land 40 Jahre lang beherrscht hatte.

Die Veranstaltung in Managua, auf der sich Daniel Ortega, Revolutionär der ersten Stunde und bis heute Führer der FSLN, im Wesentlichen darauf beschränkte, noch einmal in einem umfassenden Rückblick die geschichtlichen Verdienste seiner Partei und ihrer Protagonisten darzustellen, machte augenfällig zwei Dinge deutlich: Die FSLN ist zwar noch immer eine politisch maßgebende Größe im ständigen innenpolitischen Machtpoker, aber von ihrem großen Entwurf einer gerechten und prosperierenden Gesellschaft der 80-er Jahre ist doch wenig geblieben.

Aber wo steht Nicaragua heute, fast 15 Jahre nach dem – durch einen von den USA dem Land aufgezwungenen Krieg – gescheiterten Versuch, die historische sandinistische Idee nationaler Unabhängigkeit und Selbstbestimmung nach außen und gerechter sozialer Verhältnisse im Inneren zu verwirklichen?

Vor Beantwortung dieser Frage zunächst ein kurzer Blick auf die politische Entwicklung der zurückliegenden fast 15 Jahre, nachdem 1990 ein rechtskonservatives Wahlbündnis mit Violeta Chamorro als Präsidentin die sandinistische Regierung unter Daniel Ortega ablöste. Dieser tief greifende politische Machtwechsel wurde in den westlichen und lateinamerikanischen politischen Kreisen und Medien überwiegend als Beginn demokratischer Verhältnisse und wirtschaftlichen Aufstiegs für das Land gefeiert.

Tatsächlich aber wurde mit diesem Wechsel innenpolitisch die Entwicklung zu einer aggressiven Polarisierung im politischen Leben des Landes eingeläutet. Wirtschaftspolitisch wurde das nicht zuletzt durch die Folgen des Krieges hoch verschuldete Land – auch durch die Einflussnahme des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Internationalen Entwicklungsbank – durch Abbau so genannter Handelshemmnisse, Strukturanpassungsmaßnahmen, Privatisierungsprozesse usw. den Bedingungen eines globalen Marktes ausgesetzt, für die das Land und seine Bevölkerung weder ökonomisch, sozial noch strukturell vorbereitet waren und sind. Außenpolitisch begann erwartungsgemäß eine rasche Wiederannäherung an die USA.

Auch unter der 1996 ins Amt gekommenen, von der PLC gestellten Regierung des Dr. Arnaldo Alemán setzte sich diese Politik fort. Die neue Regierung mutierte unter Alemán zu einer der korruptesten Regierungen, die Nicaragua je erlebt hatte und mit Unterschlagungen und Betrugsmanövern größten Ausmaßes die schwachen demokratischen Strukturen des Landes schwer beschädigte, jedes internationale Ansehen verspielte und dem Land insgesamt schweren Schaden zugefügt hat.

Die zweite große politische Kraft des Landes, die FSLN, insbesondere in Gestalt ihres autokratisch agierenden Parteichefs Daniel Ortega, hat sich in hohem Maße an dieser Entwicklung mitschuldig gemacht, weil sie aus rein machtpolitischen Erwägungen den Zustand geduldet hat und sich sogar bis zu einem politischen Pakt mit Alemán verstieg, um die Institutionen und den Einflüsse auf die Verfassungsorgane zur Festigung eigener Macht untereinander aufzuteilen. Gemeinsames Ziel dieses Paktes war die Verhinderung jeglicher Entwicklung hin zu einer pluralistischen politischen Kultur.

Im Januar 2002 gewann wiederum die rechtslastige PLC die Wahlen, und mit dem Versprechen, dass nun eine neue Ära beginnen würde, übernahm der Unternehmer Enrique Bolaños die Präsidentschaft. Nicht zuletzt unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft, einer kritischen Presse und Öffentlichkeit, mutiger Richter und Staatsanwälte hat Bolaños das Versprechen abgegeben, die Korruptionsaffären seines Parteifreundes und Amtsvorgängers Alemán rigoros aufzuklären und in den staatlichen Institutionen wieder verlässliche, transparente und ehrliche Verhältnisse herzustellen.

Tatsächlich ist sein Amtsvorgänger seit fast einem Jahr wegen der ihm in vielen Fällen nachgewiesenen Korruption und Unterschlagung staatlicher Gelder in Gefängnishaft und es wird auch international anerkannt, dass Bolaños beachtliche Erfolge im Kampf gegen die Korruption erzielt hat und die Verlässlichkeit staatlicher Institutionen sich wieder verbessert .

Damit sind wir in der Gegenwart angekommen. Bolaños hat für seine Politik einen hohen Preis bezahlt. Seine Partei, die PLC, ist tief gespalten und er sieht sich einer auch zahlenmäßig mächtigen innerparteilichen Opposition gegenüber, die sich im Wesentlichen aus den Gefolgsleuten seines inhaftierten Parteigenossen Alemán zusammensetzt. In der PLC verfügt Bolaños praktisch über keinen politisch entscheidenden Rückhalt. Die FSLN als mächtiger Parteiblock fungiert wegen der politischen Ohnmacht des Präsidenten faktisch als Co-Regierung. Das innenpolitische Geschehen spielt sich nahezu ausschließlich im Dreieck Bolaños-PLC, Alemán-PLC und FSLN ab und ist in hohem Grad von Machtinteressen geprägt. Diese Politik geht eindeutig zu Lasten der notwendigen Entwicklung des Landes und der Lösung der Probleme einer krisenhaften Wirtschaftslage und katastrophaler sozialer Verhältnisse, weil die politische Konstellation immer wieder zu gegenseitiger Blockade und Stillstand führt. Der Philosoph Alejandro Serrano Caldera hat das Kreisen der politischen Klasse seines Landes um sich selbst in dem Satz beschrieben:

“Wir sind wie jemand, der sich auf seinem Fahrrad-Heimtrainer abstrampelt, das Land ist politisch 24 Stunden in Bewegung, ohne jedoch auch nur einen einzigen Zentimeter vorwärts zu kommen.“

Die ökonomische Situation Nicaraguas wird bestimmt von einem rigorosen Wirtschaftsliberalismus, in dem vor allen Dingen der Internationale Währungsfonds als eine Art Überregierung agiert. Und es sind vor allen Dingen die Technokraten dieser Institution, aber auch die Experten anderer internationaler Institutionen und die Fachleute der eigenen Regierung, die an Hand ökonomischer Indizes den Erfolg dieser Politik behaupten, der gemessen an der Lebenswirklichkeit der Mehrheit der nicaraguanischen Bevölkerung, gelinde gesagt, eine einzige Täuschung ist.

Tatsächlich kann Nicaragua für das erste Halbjahr 2004 ein Wirtschaftswachstum von 4 Prozent aufweisen, weil sich die internationalen Kaffeepreise erholt haben und die Exporte von Fleisch und Milchprodukten gestiegen sind. Trotzdem wird das Handelsdefizit auch in diesem Jahr – wie schon in früheren Jahren – bei 1,1 Milliarden US-Dollar liegen und damit fast das Doppelte der für dieses Jahr erwarteten 600 Millionen US-Dollar aus Exporterlösen betragen. In diesem Dilemma befindet sich das Land seit 1990 und dass es nicht zum Staatsbankrott kommt, ist drei Faktoren zu verdanken:

1. den Geldüberweisungen der fast 1,5 Millionen im Ausland arbeitenden Nicaraguanern, deren Wert deutlich den aller Exporte übersteigt und ohne die eine große Zahl von Menschen nicht überleben könnte,
2. internationaler Kredite und
3. internationaler Hilfe.

Die Tendenz zu dieser Art von ökonomischer Stützung ist ansteigend. Dies bedeutet, Nicaragua befindet sich in totaler Abhängigkeit von externer Hilfe. Hieran haben auch die massiven Erlasse von Auslandsschulden nichts geändert, deren Belastungen dadurch zwar auf 85 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gesunken sind, aber unter Beachtung der gleichfalls hohen Inlandsverschuldung den Wert von 125 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erreichen.

Die Folge der überaus schwachen und zerbrechlichen Volkswirtschaft Nicaraguas ist, dass es abgesehen davon, dass es der politischen Klasse des Landes mehrheitlich an sozialer Sensibilität und Verantwortungsbewusstsein fehlt, keine Mittel für eine nachhaltige Überwindung der Armut, von der in verschiedenen Ausprägungen 80 Prozent der nicaraguanischen Bevölkerung betroffen ist, verfügbar sind. Überdies unterliegt besonders der soziale Sektor zur Herstellung besserer ökonomischer Indizes schon seit 1990 den stärksten Ausgabenkürzungen. Welche konkreten Folgen dies für die Bevölkerung hat, soll abschließend an zwei Bereichen dargestellt werden, dem der Bildung und dem des Gesundheitswesens.

Zu Ende der 1980-er Jahre war in Nicaragua die Analphabetenrate unter Kriegsbedingungen durch konsequente Anstrengungen und Vorrangstellung des Schulwesens auf 12 Prozent verringert worden. Unter den Bedingungen von fast 15 Jahren neoliberaler Politik und der sie begleitenden, von IWF und Weltbank verfügten Strukturanpassungsmaßnahmen liegt diese Ziffer heute bei über 34 Prozent und erreicht innerhalb des in extremer Armut lebenden Teils der Bevölkerung Werte zwischen 60 und 80 Prozent. Es ist ausschließlich der Armut der Bevölkerungsmehrheit und den extrem niedrigen Ausgaben für Bildung zuzuschreiben, dass auch im Jahre 2004 bei einer Gesamtbevölkerung von 5,2 Millionen Menschen 800 000 Kinder und Jugendliche außerhalb jeglicher schulischer Bildung bleiben. Damit hat Nicaragua die niedrigste Schulrate in ganz Lateinamerika. Dies korreliert mit den Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung, die mit 83 Dollar pro Einwohner und Jahr auf dem Niveau der ärmsten afrikanischen Länder liegt. Im Vergleich wendet zum Beispiel das Nachbarland Costa Rica 700 US-Dollar auf.

Mit dieser Bildungspolitik konterkarieren die politisch Verantwortlichen ihre eigenen Aussagen, die sie nicht müde werden zu wiederholen, dass Bildung lebenswichtig für die wirtschaftliche Entwicklung, den sozialen Fortschritt und die Stärkung der Demokratie sei. So betrachtet hat Nicaragua seine Zukunft schon heute verspielt.

Nicht minder dramatisch ist für die Mehrheit der Nicaraguaner die Lage des öffentlichen Gesundheitswesens. Die staatlichen Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit haben sich drastisch verringert, die Aufwändungen für Gesundheit pro Familie hingegen steigen. Die Medikamentenversorgung der öffentlichen Krankenhäuser ist katastrophal und in hohem Masse abhängig von internationaler Hilfe. Armut führt dazu, dazu schätzungsweise überhaupt nur etwa 45 Prozent der Bevölkerung Zugang zu Medikamenten haben. Besonders prekär ist die Situation in den ländlichen Gebieten, in denen es teilweise an jeglicher medizinischen Betreuung fehlt. Eine gravierende Folge im Zusammenwirken mit weit verbreiteter Unter- und Mangelernährung ist der Anstieg der Müttersterblichkeit, die im Vergleich zu 1993 um 45 Prozent angestiegen ist.

Neben diesen beiden Sektoren, die für Menschen von existenzieller Bedeutung sind, leidet die nicaraguanische Bevölkerung unter hoher Arbeitslosigkeit (unter Berücksichtigung verdeckter Arbeitslosigkeit liegt sie bei 60 Prozent), wird immer wieder von Naturkatastrophen heimgesucht und sieht in weiten Gebieten durch zunehmende Umweltzerstörung ihre Lebensgrundlagen schwinden. Die Prognose für die Zukunft Nicaraguas sieht düster aus. Ein Zitat von dort drückt dies so aus:

“Wenn Nicaragua eine Zukunft haben soll, dann darf weder das Vergangene noch das Gegenwärtige eine Fortsetzung finden. Wenn wir versuchen, auf dieser Grundlage unsere Zukunft zu errichten, werden wir scheitern. Und der Preis dieses Scheiterns wird die Finsternis sein.“